

Mitteilungsblatt Nr. 187

2. Satzung zur Änderung der Prüfungsordnung für den
Diplomstudiengang Betriebswirtschaftslehre vom 27.09.2000
(MB 53, 04.10.2000) und der 1. Satzung zur Änderung der
Prüfungsordnung für den Diplomstudiengang Betriebswirtschafts-
lehre (MB 128 vom 23.11.2005) der Hochschule Lausitz (FH)

Der Präsident
18.01.2010

Auf Grund der §§ 17 Abs. 5 und 21 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes (BbgHG) hat der Fachbereichsrat des Fachbereiches Informatik/Elektrotechnik/Maschinenbau am 04.12.2009 folgende Änderungssatzung erlassen:

Die Diplomprüfungsordnung des Studienganges Betriebswirtschaftslehre vom 04.10.2000 wird wie folgt ergänzt bzw. geändert:

Der § 34 wird wie folgt neu gefasst:

§ 34 DPO
In Krafttreten/Außer Krafttreten

- (1) Die Fassung der Prüfungsordnung vom 04.10.2000 ist am Tage nach der Veröffentlichung im Mitteilungsblatt in Kraft getreten (05.10.2000).
- (2) Letztmalig wurden Studierende in diesem Studiengang zum Wintersemester 2006/2007 immatrikuliert.
- (3) Die DPO tritt mit Ablauf des Sommersemesters 2014 außer Kraft. Die Zeit vom 01.09.2010 bis zum 31.08.2014 gilt als Auslaufzeit dieses Diplomstudienganges.
- (4) Die Lehrveranstaltungen werden im Wintersemester 2009/2010 letztmalig angeboten. Noch ausstehende Prüfungen, einschließlich des Praktischen Studienseesters und der Wiederholungsprüfungen müssen im Wintersemester 2013/2014 bzw. im Sommersemester 2014 abgelegt sein.
- (5) Die Diplomarbeit und das Kolloquium müssen bis zum Ende des Sommersemesters 2014 bestanden sein.
- (6) In der Auslaufzeit entsprechend Abs. 4 gelten die Studierenden ohne eigene Anmeldung zu allen Fachprüfungen als angemeldet.
- (7) Die Studierenden werden durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bzw. seine Bevollmächtigten schriftlich über die geltenden Regelungen in Kenntnis gesetzt.
- (8) Über die Studienberatung gem. 19. Abs. 1 BbgHG wird ein Protokoll erstellt.
- (9) Kann das Studium ohne eigenes Verschulden nicht bis zum Ende der Auslaufzeit abgeschlossen werden, ist durch die Studierenden beim Prüfungsausschuss ein Antrag auf eine Ausnahmeregelung für Prüfungen und Studienleistungen in adäquaten Studienfächern der dann geltenden Prüfungs- und Studienordnung zu stellen. Dem Antrag sind entsprechende Nachweise beizufügen. Der Prüfungsausschuss entscheidet über den Antrag nach Einzelfallprüfung in Abstimmung mit den Lehrenden.

Diese Satzung tritt gemäß § 21 Abs. 2 BbgHG nach Genehmigung durch den Präsidenten der Hochschule Lausitz (FH) am Tag nach der Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Hochschule in Kraft.

Die Änderungssatzung wurde am 18.01.2010 durch den Präsidenten genehmigt.

Senftenberg, den 18.01.2010

Prof. Dr. Günter H. Schulz
Präsident der Hochschule Lausitz (FH)